



Vereinigte Industrieverbände

von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

VIV-INFO | 22/2016

Trump als Präsident

Die Überraschung ist perfekt. Die Meinungsforscher bis auf die Knochen blamiert. Das, was viele sich nicht vorstellen konnten, ist geschehen.

Was wird auf uns zukommen? Gelassenheit ist angesagt. Die USA sind

unser wichtigster Handelspartner. Und ein ganz zuverlässiger. Verbale Irritationen im Wahlkampf sollte man nicht überbewerten. Amerika war immer eine pragmatische Nation, ein enger Verbündeter und Freund. Und das wird so bleiben. Sicher! (So)

Ausbildungssituation in NRW

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat die Daten zur Situation auf dem Ausbildungsmarkt in NRW zum 30. September

2016 – also dem offiziellen Ende des Vermittlungsjahres 2015/2016 – veröffentlicht.

Zentrale Daten für NRW:	Absolute Zahl	Veränderung gegenüber 2015
Gemeldete Ausbildungsplätze insgesamt	110.826	+2,8 %
Gemeldete betriebliche Ausbildungsplätze	105.141	+4,2 %
Gemeldete Ausbildungsplatzbewerber	136.417	- 1,0 %
Unversorgte Ausbildungsplatzbewerber	6.786	+1,3 %
Unbesetzte Ausbildungsplätze	6.964	+15,5 %

Bewertung:

Erfreulich ist, dass erneut ein Plus bei den gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätzen zu verzeichnen ist. Zwar resultiert ein Teil des Zuwachses aus einer veränderten, erweiterten Erfassung der Ausbildungsangebote, allerdings bliebe auch, wenn dies berücksichtigt wird, ein Plus bei den betrieblichen Plätzen bestehen.

Der Rekord des Vorjahres wurde damit nochmal übertroffen. Die Zahl der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätze liegt auf dem höchsten Niveau der letzten 14 Jahre und somit auch über dem der wirtschaftlichen Boom-Jahre von 2007 und 2008. Von einem niedrigen bzw. nachlassenden Ausbildungsengagement der Wirtschaft kann also keinesfalls gesprochen werden.

VIV-Interviews

- **Carsten Linnemann**
Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
- **Thomas Hissel**
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer der Stadt Düren

Kurz notiert

Jahresgutachten Sachverständigenrat

BDI und BDA haben das Jahresgutachten zusammengefasst und übereinstimmend bewertet.

In der Bewertung werden z. B. die Themen Rentenpolitik, geplantes Entgelttransparenzgesetz, Energiewende sowie Einkommens- und Vermögensverteilung angesprochen. (So)



[Jahresgutachten 2016/2017 \(Kurzfassung\)](#)

VIV-Info Wegweiser



[Weitere Informationen erhalten Mitglieder im ExtraVIV](#)



[Bitte beachten Sie weitere Anhänge](#)



[Weitere Informationen auf Anfrage bzw. im ExtraVIV](#)

Die Zahl der Ausbildungsbewerber ist hingegen rückläufig. Damit haben sich insgesamt die Chancen der jungen Menschen auf Ausbildung weiter verbessert. Auch ein 10-Jahres-Vergleich macht dies deutlich: Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze hat sich 2016 gegenüber 2007 um gut 15 Prozent erhöht. Die Zahl der Bewerber ist hingegen im gleichen Zeitraum um rund 12 Prozent zurückgegangen.

Allerdings bleibt das Matching und die Besetzung von Ausbildungsplätzen weiterhin eine große Herausforderung. Äußerst besorgniserregend ist, dass die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze

auch 2016 deutlich zugenommen hat. Sie liegt aktuell auf dem höchsten Stand der letzten 19 Jahre. Gleichzeitig ist 2016 die Zahl der unvermittelten Bewerber leicht angestiegen. Zum 30.9. stehen den 6.964 unbesetzten Ausbildungsplätzen etwas weniger unvermittelte Ausbildungsbe- werber (6.786) gegenüber.

Die Schwierigkeiten beim Matching zwischen Bewerbern und Ausbildungsplätzen zeigt sich sowohl in regionaler wie auch in beruflicher Hinsicht. So gibt es Regionen mit mehr gemeldeten Ausbildungsplätzen als gemeldeten Bewerbern (z. B. Soest, Düsseldorf, Bonn, Köln, Münster, Olpe) und solche mit umgekehrten Vorzeichen (z. B. Solingen, Recklinghausen,

Herne, Oberhausen, Euskirchen, Hagen, Hamm).

Berufsbereiche, die mehr Plätze als Bewerber aufweisen, sind z. B. Kunststoffverarbeitung, Feinwerk- und Werkzeugtechnik, Hochbau, Lebensmittelherstellung, Speisenzubereitung, Klempnerei/Sanitär/Heizung, Verkauf von Lebensmitteln, Hotellerie und Gastronomie. Ein Nachfrageüberhang ist z. B. in den Berufsbereichen Technische Mediengestaltung, Immobilienwirtschaft/Facility-Management, Tourismus und Sport, Veranstaltungsservice und -management sowie Veranstaltungstechnik zu verzeichnen. (Dü)

Quelle: [unternehmer nrw](#), 03.11.2016

Berufsfelderkundungen in Unternehmen Buchungsportale der Kreise Düren und Euskirchen

Im Rahmen der NRW-Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) sollen im nächsten Schuljahr Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse an drei verschiedenen Tagen drei unterschiedliche Berufsfelder erkunden. Eine Berufsfelderkundung dauert ca. 4 – 6 Stunden und entspricht damit etwa einem Schultag.

Ziel ist es, allen Schülern ab der 8. Klasse eine verbindliche und systematische Berufs- und Studienwahlorientierung zu ermöglichen. Für Unternehmen sind die Berufsfelderkundungstage und die in Klasse 9 folgenden Schülerpraktika eine

gute Möglichkeit, um die Jugendlichen auf Ausbildungsberufe im eigenen Betrieb aufmerksam zu machen.

Die Kommunalen Koordinierungsstellen in den Kreisen Düren und Euskirchen haben eigens eine spezielle Datenbank angeschafft, die es den Unternehmen ermöglicht, ihre Angebote einer Berufsfelderkundung zu veröffentlichen:

<https://kreis-dueren.bfe-nrw.de>
(Kreis Düren) bzw.

<https://kreis-euskirchen.bfe-nrw.de>
(Kreis Euskirchen).

Auf den Internetseiten finden sich auch Beispiele von Unternehmen, die sich bereits eingetragen haben.

Die Portale sind zunächst bis zum 30.11.2016 zur Eintragung der angebotenen Berufsfelderkundungsplätze geöffnet. Anschließend beginnt die Buchungsphase für die Schülerinnen und Schüler. (Dü)



[Flyer für den Kreis Düren](#)
[Flyer für den Kreis Euskirchen](#)

Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2015

Die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends (ehemals IQB-Ländervergleich) sind veröffentlicht worden.

Getestet wurden die Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Englisch. In einigen Bundesländern (u. a. auch NRW) erfolgte zusätzlich eine Überprüfung der Kompetenzstände im Fach Französisch. Am IQB-Bildungstrend 2015 nahmen mehr als 37.000 Schülerinnen und Schüler der 9. Jahrgangsstufe aus über 1.700 Schu-

len in allen 16 Ländern der Bundesrepublik Deutschland teil.

Dabei erreichte NRW im Fach Deutsch in den Kompetenzbereichen Lesen, Zuhören und Orthografie jeweils nur den viertletzten Platz im Ranking der einzelnen Bundesländer. Im Fach Englisch, Kompetenzbereiche Leseverstehen und Hörverstehen, erreichte NRW immerhin Platz 5. Die Ergebnisse zeigen, dass die Herausforderungen im nordrhein-west-

fälischen Schulsystem weiterhin groß sind und auch in Zukunft Aufholbedarf im Vergleich zu anderen Bundesländern besteht.

Nachzulesen sind die ausführlichen Ergebnisse unter:

<https://www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2015/Bericht>. (Dü)

Quelle: [unternehmer nrw](#), 31.10.2016

Kein Beitrag zum PSVaG für 2016

Der Pensions-Sicherungs-Verein (PSVaG) hat am 7. November 2016 den Beitragsatz für das Jahr 2016 erstmals seit Beginn seines Geschäftsbetriebs auf 0,0 Promille der Bemessungsgrundlage festgelegt. Im Vorjahr hatte er noch 2,4 Promille betragen. Dass die Mitgliedsunternehmen für 2016 keinen Beitrag zahlen müssen, erklärt sich aus der günstigen Schadenentwicklung in diesem Jahr sowie entlastenden Komponenten, wie der Überschussbeteiligung vom Konsortium

der Lebensversicherer, Erträgen aus Insolvenzforderungen und der vorjährigen Rückstellung für Beitragsrückgewähr. Die Mitteilung über die Festlegung des Beitragsatzes für 2016 erfolgt mit dem Jahres-Beitragsbescheid, der demnächst an die PSV-Mitgliedsunternehmen versandt wird. Auf die Erhebung eines Vorschusses für 2017 wird zunächst verzichtet.

Aus der Insolvenzübersicht des PSVaG zum 30. September 2016 ergibt sich, dass im

Vergleich zum Vorjahreszeitraum die Zahl der Insolvenzverfahren, die zu einer Leistungspflicht des PSVaG führten, von 399 auf 345 abgenommen hat. Auch die Zahl der betroffenen Versorgungsberechtigten hat im Vergleich zum Vorjahreswert von 17.650 auf 12.180 abgenommen. Entsprechend hat sich der Leistungsaufwand infolge der Insolvenzen im Jahresvergleich von 716,9 Mio. Euro auf 375,6 Mio. Euro deutlich reduziert. (Kie)

Fortbildungslehrgang für Abfallbeauftragte bzw. Umweltbeauftragte

Der Industrie-Wasser-Umweltschutz e.V. bietet am **24.11.2016, von 14:00 h bis ca. 17:15 h** in den Räumlichkeiten der Firma Heimbach GmbH & Co. KG einen Fortbildungslehrgang für Umweltbeauftragte im Bereich Kreislaufwirtschaft an.

Die Themen werden u. a. sein:

Kennzeichnungspflichten und Einstufung von Abfällen (die neue Abfallverzeichnis-Verordnung, Anwendung des KAS 25 – Leitfadens [Einstufung gefährlicher Abfälle gemäß Anhang I der Stör-

fallverordnung], allgemeine Kennzeichnungspflichten für Gefahrgut und beim Transport) sowie **Aktuelle Entwicklungen im Kreislaufwirtschaftsrecht** (der Entwurf der neuen Gewerbeabfallverordnung, der Entwurf einer Verordnung über Betriebsbeauftragte für Abfall).

Referieren wird u. a. Frau Dipl.-Ing. Jana Krüger, Sachverständige nach der Entsorgungsfachbetriebsverordnung der U•V•M Umwelt Verfahren Management GmbH.

Für Mitarbeiter von Mitgliedsunternehmen des IWU e.V. ist die Teilnahme an der Veranstaltung kostenfrei. Anderenfalls beträgt die Teilnahmegebühr 350,00 Euro netto.

Für die Teilnahme an der Veranstaltung ist eine vorherige Anmeldung erforderlich. Weitere Informationen erhalten Sie unter <https://www.iwu-dueren.de> oder auf der Geschäftsstelle des IWU e.V. (Cuy)

IMPRESSUM & KONTAKT

Herausgeber

Vereinigte Industrieverbände von Düren,
Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

Verantwortlich für den Inhalt

Hans-Harald Sowka

Kontakt

Vereinigte Industrieverbände e.V.
Tivolistraße 76
52349 Düren

FON 02421/4042-0
FAX 02421/4042-25
E-MAIL info@vivdueren.de
WEB www.vivdueren.de

Interview mit Herrn Carsten Linnemann, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

In der Sozialpolitik muss man die Unterschiede zwischen CDU/CSU und SPD mit der Lupe suchen, oder?

Das könnte man durchaus meinen, wenn man sich das letzte Rentenpaket anschaut, das die Große Koalition geschnürt hat. Da wurde tief in die Taschen gegriffen, ohne Rücksicht auf künftige Generationen. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass die Union nie ein Freund der so genannten Rente mit 63 war. Die Rente mit 63 war ein herber Rückschlag für alle vorangegangenen Versuche, unser Rentensystem an demografischen Erfordernissen auszurichten. Umso mehr freue ich mich, dass es uns als Union wenigstens gelungen ist, die Flexi-Rente durchzusetzen. Von ihr geht das wichtige Signal aus, dass jeder, der über das Renteneintrittsalter hinaus arbeiten möchte, erwünscht ist und auch mit einer steigenden Rente belohnt wird. Mein größter Wunsch wäre es, dass damit auch ein längst fälliger Mentalitätswandel eingeleitet wird.

In Sonntagsreden wird der Mittelstand gerne hofiert, in der praktischen Politik ignoriert. Richtig?

Diesen Eindruck habe ich auch. Wenn ich nur daran denke, was es für ein Kraftakt war, die maßlosen Bürokratiepflichten wieder abzubauen, die das Bundesarbeitsministerium mit der Mindestlohn-Verordnung einführen wollte, packt mich die Wut.

Auch ständig neue Regelungsvorschläge, wie jetzt beispielsweise im Zusammenhang mit dem Entgeltgleichheitsgesetz, tragen nun wirklich nicht dazu bei, unseren mittelständischen Unternehmen den Rücken zu stärken. Natürlich muss die Politik Regeln aufstellen, aber wenn sie sich dabei im Klein-Klein verliert und immer mehr Bürokratie schafft, verliert sie selbst den Blick für das große Ganze – und der Mittelstand den nötigen Freiraum, um erfolgreich wirtschaften zu können.

Welche Erfolge können Sie sich in den letzten Jahren als MIT auf die Fahnen schreiben?

Da fällt mir als erstes erneut die Flexi-Rente ein. Das Konzept dazu haben wir in den Reihen der MIT entwickelt und anschließend in zwei Teilen ins parlamentarische Verfahren eingebracht. Den ersten Teilerfolg konnten wir bereits 2014 erzielen, als das Befristungsverbot aufgehoben wurde. Und mit dem rentenrechtlichen Teil, der regelt, ob jemand die Rente sofort oder später ausgezahlt haben möchte, haben wir vor wenigen Wochen auch den zweiten Schritt der Flexi-Rente getan.

Ein weiterer Erfolg für die MIT ist sicherlich der Abbau der kalten Progression. Wir hatten mit der MIT-Kampagne zur „Steuerbremse“ ordentlich Dampf gemacht und die Union auf Linie bringen können. Jedenfalls ist die Bundesregierung am Ende unserem Vorschlag gefolgt. Alle zwei Jahre wird nun ein Bericht über die kalte Progression vorgelegt, den die Politik als Grundlage für eine Anpassung nutzen muss.

Deutschland war in den letzten Jahrzehnten bei der Integration von Migranten nicht besonders erfolgreich. Warum soll das jetzt anders werden bei den neuen Migranten? Anders gewendet: Was müssen wir anders machen, damit Integration gelingt?

Diese Frage habe ich mir auch gestellt, als wir jeden Tag mehr als 10.000 Flüchtlinge hier in Deutschland willkommen heißen haben. Heute wissen wir mit Sicherheit, dass es sich hier nicht nur um Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention handelte, sondern auch um Wirtschaftsflüchtlinge. Und damit wäre ich schon beim ersten, meiner Meinung nach entscheidenden Punkt: Wir müssen endlich dazu übergehen, Migration zu steuern. Integration kann nur gelingen, wenn wir uns nicht selbst überfordern. Weder



Carsten Linnemann, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

unseren Arbeitsmarkt, der in erster Linie qualifizierte Fachkräfte benötigt, noch unser Sozialsystem, das plötzlich Hunderttausende von Menschen aufnehmen muss, die niemals zuvor in irgendeiner Weise einen Beitrag für das Sozialsystem geleistet haben. An dieser Stelle ist Steuerung und auch Begrenzung unabdingbar. Was die Debatte um ein Einwanderungsrecht angeht, bin ich sehr aufgeschlossen. Wir haben zwar bereits Regelungen, um Fachkräfte aus Drittländern zu uns zu holen, aber ich höre immer wieder, wie kompliziert und undurchsichtig die Regelungen sind. Da lässt sich nachjustieren und das sollte man auch.

Wer hat eigentlich noch Angst vor Rot-Rot-Grün im Bund?

Eine rot-rot-grüne Regierung wäre verheerend für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Gerade der Mittelstand braucht Planungs- und Rechtssicherheit. Deshalb ist es Aufgabe der Union, die Menschen wieder mit einer klareren Sprache und einer stärkeren Unterscheidung von den anderen Parteien zurückzugewinnen. Spätestens zum Bundestagswahlkampf 2017 brauchen wir eine klare Erkennungsmelodie.

Ansprechpartner: Hans-Harald Sowka

Interview mit Herrn Thomas Hissel, Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer der Stadt Düren

Die Wirtschaftsförderung der Stadt hat sich mit deutlich mehr Mitarbeitern (jetzt 12) neu aufgestellt. Das macht Sinn, weil ...?

Die Herausforderungen, vor denen Unternehmen auch in der Stadt Düren stehen, wachsen: Steigender Fachkräftemangel, globalisierter Wettbewerb und zunehmende Digitalisierung sind nur drei allgemeine Stichworte von vielen. Hinzu kommen standortspezifische Fragestellungen, wie die drohende Knappheit an Gewerbeflächen, der Wettbewerb mit den Oberzentren Köln und Aachen und der kommende Strukturwandel in der Braunkohle- und Energiewirtschaft. Vor diesem Hintergrund liegt es im ureigenen Interesse der Stadt, den Unternehmen am Standort eine kompetente Unterstützung an die Seite zu stellen, die ihnen dabei hilft, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze zu sichern.

In der vorherigen Konstellation, in der die Wirtschaftsförderung gerade einmal vier Personen umfasste, war das nur sehr eingeschränkt möglich. Heute, mit 8,9 Vollzeitstellen verteilt auf 12 Mitarbeiter/-innen, ist die WIN.DN GmbH deutlich leistungsfähiger. Mit dem Blick auf den interkommunalen Vergleich aber muss man feststellen, die Personalausstattung erreicht auch heute lediglich den Durchschnittswert von einer Vollzeitstelle pro 10.000 Einwohner, ist also alles andere als überproportional.

Die Industrie ist für die Region wichtig, weil ...?

Die Industrie ist nach wie vor der gesunde Ast, auf dem die Stadt Düren sitzt. 28 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten in diesem Sektor und erwirtschaften über ein Drittel der gesamten Wertschöpfung. Damit das auch in Zukunft so bleiben kann, müssen wir permanent an unseren Standortfaktoren arbeiten. Zudem müssen wir dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger

erfahren, was wir an unserer Industrie haben. Formate, wie die Lange Nacht der Industrie, die wir gerade zusammen mit zehn Dürener Unternehmen zum zweiten Mal durchgeführt haben, helfen uns dabei.

Was sind die Kernaufgaben der Wirtschaftsförderung in Düren?

Prinzipiell sind alle Anliegen, die Industrie, Gewerbe, Handwerk und Einzelhandel haben, potenzielle Aufgaben der Wirtschaftsförderung. Wir haben ein offenes Ohr für die Belange von Unternehmen und wollen Gründer auf ihrem Weg begleiten. Unsere Aufgabe ist es, die Wirtschaft am Standort Düren zu stärken. Die Kernaufgaben haben wir in vier Bereiche unterteilt: Gewerbeflächen und Ansiedlung, Bestandspflege und Einzelhandel, Gründung und Innovation, Tourismus und Standortmarketing.

Wie ist die Situation bei den Gewerbeflächen?

Düren ist nach wie vor ein attraktiver Standort, das zeigen uns die Zahlen: Neuansiedlungen und Erweiterungen haben in den letzten Jahren zur Vermarktung von durchschnittlich fünf bis sechs Hektar pro Jahr geführt, was in der Region Aachen ein Spitzenwert ist. Aktuell ist unser Angebot von ca. 35 Hektar, die uns kurzfristig zur Verfügung stehen, noch gut. Ohne Neuausweisung steuern wir jedoch auf einen vorhersehbaren Engpass in fünf bis sechs Jahren zu.

Damit das nicht passiert, erarbeiten wir derzeit eine vorausschauende Gewerbeflächenstrategie, die ganz bewusst über die kommunalen Verwaltungsgrenzen hinausblickt. Diese reicht von der erfolgreich erprobten, interkommunalen Neuausweisung in Kooperation mit Nachbarkommunen über den Flächentausch und Ankauf von industriellen Brachflächen bis hin zur Vermittlung privater Grundstücke und Gewerbeimmobilien in Koope-



Thomas Hissel, Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer der Stadt Düren

ration mit allen Akteuren auf dem Gewerbeimmobilienmarkt. Hierdurch kann sowohl kurz-, als auch mittel- und langfristig die anhaltende Nachfrage nach günstigen, attraktiven Betriebsstandorten, insbesondere von regionalen kleinen und mittelständischen Unternehmen, befriedigt werden.

Wir haben mit der RWTH, der Fachhochschule Aachen und dem Forschungszentrum hervorragende Rahmenbedingungen für Technologietransfer. Woran hapert es?

Bereits heute gibt es in Teilen rege Kooperationen zwischen Unternehmen, den Hochschulen und Fachhochschulen, aber eben nur in Teilen und nicht an allen Stellen, wo dies sinnvoll und nötig wäre. Und an diesem Zustand will die WIN.DN ansetzen.

Viele Unternehmen sind so stark in ihrem Kerngeschäft involviert, dass die Zeit fehlt, sich intensiv mit Hochschulk Kooperationen auseinanderzusetzen und erstmal zu suchen, welches Institut bei welcher Fragestellung weiterhelfen kann. Deshalb wollen wir den Aufwand und auch die Hemmschwellen für die Dürener Unternehmen runterschrauben. Dazu werden wir zusammen mit einem Netzwerk aus kompetenten Partnern, wie der

IHK und der AGIT (Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer) Formate entwickeln, die in den Zeitplan von Unternehmern reinpassen und ohne großen Aufwand die Kooperationspotentiale mit den Forschungseinrichtungen der gesamten Region erkennbar machen. Unsere Ideen reichen da von gebündelten Beratungstagen zu den Themen Patente, Innovation, Finanzierung und Gründung vor Ort, über gezielte Infoveranstaltungen zu bestimmten Forschungsthemen bis hin zu Exkursionen zu den jeweiligen Forschungseinrichtungen.

Aus der Sicht des Wirtschaftsförderers: Die größten Probleme der Stadt sind?

Erstens die Sozialstruktur: Mit über 18 Prozent liegt der Anteil von Menschen, die von SGBII-Leistungen abhängig sind, in Düren bei 50 Prozent über dem Landeschnitt. Ähnlich hohe Quoten finden sich in NRW lediglich in Ruhrgebietsstädten wie Essen, Gelsenkirchen oder Duisburg. Im Vergleich mit diesen Städten muss man aber feststellen, dass dort die Strukturbrüche in der Vergangenheit liegen und die Sozialstruktur eine Folge dieser ist. In Düren ist die Sozialstruktur jedoch nicht die Folge eines Strukturbruchs sondern die Ausgangssituation, womit wir zu zweitens kommen: Der größte

Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier steht noch aus und wird mit dem prognostizierten Wegfall von rund 15.000 direkten Arbeitsplätzen mit dem Ende der Braunkohleverstromung die ohnehin kritische Situation noch einmal verschlechtern. Hinzu kommt dadurch dann auch die prekär werdende Situation für tausende Arbeitsplätze in mittelbar vom Braunkohletagebau abhängigen Unternehmen sowie der Strukturwandel in traditionellen Industriesektoren.

Und drittens fällt gerade im Vergleich mit Nachbarstädten auf, dass Düren in der Wahrnehmung oft schlechter wegkommt als Düren ist. Zur erfolgreichen Vermarktung des Standortes gehört es, den Standort mit all seinen Stärken darzustellen. Das wollen wir machen und setzen dabei auch auf die Wirtschaft am Standort.

Sehen Sie die Sicherung des Fachkräftebedarfs auch als Aufgabe für die Wirtschaftsförderung?

Als Wirtschaftsförderung sind wir kein klassischer Arbeitsmarktakteur, wie die Job-Com oder die Bundesagentur, die vermitteln und Einstellungen fördern. Da aber das Thema Fachkräftesicherung und –gewinnung für die Unternehmen in Düren stark an Bedeutung gewonnen

hat, machen wir uns natürlich unsere Gedanken, ob und wie wir unterstützen können. Zum einen bauen wir in dem Zusammenhang die Kooperation mit den genannten Institutionen aus. Zum anderen wollen wir die Unternehmen gezielt dabei unterstützen, insbesondere Fachkräfte nach Düren zu holen und in Düren zu halten. Als Kommune und kommunale Wirtschaftsförderung werden wir uns dabei auf die indirekten Faktoren, wie die Informations- und Willkommensangebote konzentrieren.

Schauen wir fünf Jahre nach vorne. Welche Erfolge werden wir dann sehen?

In fünf Jahren sind wir hoffentlich den allermeisten Dürener Unternehmen als wertvoller Partner an ihrer Seite bekannt. Auch wird es uns dann hoffentlich gelungen sein, zusätzliche Gewerbeflächen zu gewinnen, deren Vermarktung den Standort Düren sichert. Zuletzt hoffen wir, in fünf Jahren als Stadt Düren Hochschulstandort zu sein und die Voraussetzungen für Unternehmensgründungen deutlich verbessert zu haben.

Ansprechpartner: Hans-Harald Sowka
 Telefon: 02421/4042-0
 Telefax: 02421/4042-26
 E-Mail: info@vivdueren.de